Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Hans-Henning Adler und Patrick-Marc Humke (LINKE), eingegangen am 01.03.2012

Befragung von Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund

Im November 2011 hat die Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Frau Aygül Özkan, Beamtinnen und Beamte in Niedersachsen nach ihrem Migrationshintergrund befragt. Die Bediensteten sollten einen elektronischen Fragebogen unter www.iskn.niedersachsen.de ausfüllen.

In dem Anschreiben wurde den Beamtinnen und Beamten die Teilnahme an der Befragung freigestellt. Der Zeitaufwand der Befragung wurde mit 10 bis 15 Minuten veranschlagt.

Die Ministerin hatte geschrieben, dass die Ergebnisse nur repräsentativ sind, „wenn wir eine große Zahl von Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmern haben.“

In dem Fragekatalog wurden teilweise Fragen gestellt, die der Dienstherr durch Auswertung der vorhandenen Personalakten auch selbst hätte beantworten können, teilweise wurden Daten erhoben, wie z. B. die der Staatsangehörigkeit der Eltern, die bisher nicht bekannt waren.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Beamtinnen und Beamte haben sich an der freiwilligen elektronischen Befragung beteiligt (bitte Angaben in absolut und relativ unterscheiden)?
2. Ab welcher Beteiligungsquote geht die Landesregierung davon aus, dass das Ergebnis der Befragung einen repräsentativen Charakter hat?
3. Welche konkreten Ergebnisse hat die Befragung aus Sicht der Landesregierung hervorgebracht?
4. Welche Rückschlüsse zieht die Landesregierung von den Ergebnissen der Befragung für ihre künftige Integrationspolitik im Bereich der Landesbeamten?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit einer offensiven Förderung von Migrantinnen und Migranten im Bereich der Landesbeamten, indem man z. B. bei der Ausschreibung öffentlicher Stellen bei geeigneten Positionen häufiger die Mehrsprachigkeit der Bewerberinnen und Bewerber als für die Einstellung förderliches Kriterium benennt?
6. In welcher Form gedenkt die Landesregierung die Ergebnisse der Befragung zu veröffentlichen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 09.03.2012 - II/72 - 1299)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit
und Integration
- 01425-32 -

Hannover, den 11.04.2012

Die niedersächsische Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Landesverwaltung interkulturell zu öffnen und den Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund in allen Bereichen der Verwaltung zu erhöhen. Im niedersächsischen Handlungsprogramm Integration aus dem Jahr 2008 hat die Landesregierung die Umsetzung dieses Zieles konkretisiert. Das Land Niedersachsen unterzeichnete zudem am 27.05.2008 als erstes Flächenland der Bundesrepublik die Charta der Vielfalt. Hiermit verpflichtete sich die Landesregierung, den Prozess der interkulturellen Öffnung zu intensivieren, indem ein Arbeitsumfeld geschaffen wird, das von gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Wertschätzung geprägt ist und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Arbeits- und Berufswelt fördert.

Mit der Entschließung vom 26.03.2009 (Drs. 16/1120) hob der Niedersächsische Landtag die Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes hervor, würdigte den eingeschlagenen Weg der Landesregierung und forderte die Landesregierung auf, die Ergebnisse ihrer bisherigen und der künftig verstärkten Bemühungen zu evaluieren.

Grundlage für eine zielgerichtete Umsetzung dieses Prozesses ist auch die Kenntnis des Anteils der Landesbeschäftigten mit Migrationshintergrund. Dies gilt insbesondere für gezielte Maßnahmen zur Stärkung des Prozesses der interkulturellen Öffnung. Derartige Angaben liegen für die Landesverwaltung bislang nicht vor.

Daher beschloss die Landesregierung am 14.07.2009 in Umsetzung der „Charta der Vielfalt“ den Anteil an Landesbediensteten mit Migrationshintergrund zu erheben.

Der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) wurde vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familien, Gesundheit und Integration (MS) beauftragt, eine entsprechende Befragung aller Landesbediensteten durchzuführen.

Diese Befragung richtete sich nicht nur an Beamtinnen und Beamte, sondern umfasste unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis alle aktiven Bediensteten des Landes. Die Erhebung erfolgte in Form einer freiwilligen und anonymen Online-Befragung im Zeitraum vom 14.11.2011 bis zum 20.01.2012. Dieses Verfahren wurde gewählt, weil die Gewinnung der Daten aus den Personalakten sowie dem Personalmanagementverfahren für diesen Zweck rechtlich unzulässig ist. Die Teilnahme an der Befragung war für die Landesbediensteten während der Arbeitszeit möglich.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Die Befragung richtete sich sowohl an Beamtinnen und Beamte als auch an Beschäftigte. Es beteiligten sich rund 34 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Befragung; davon standen knapp 19 000 Personen in einem Beamtenverhältnis. Die Rücklaufquote betrug insgesamt 15,6 %.

Zu 2:

Der LSKN nimmt derzeit auf Basis der gewonnenen Stichprobe eine Hochrechnung vor, um eine verlässliche Datengrundlage für Auswertungen zu erstellen. Die vorliegende Rücklaufquote bietet aus Sicht des LSKN dafür eine gute Basis.

Zu 3 und 4:

Die Ergebnisse der Befragung aller Landesbediensteten zu einem Migrationshintergrund geben einen wesentlichen Anhaltspunkt zur Bestimmung des Standes der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung und ermöglichen eine gezielte Förderung des Öffnungsprozesses. Die endgültigen Hochrechnungsergebnisse liegen noch nicht vor; sie werden für Mai 2012 erwartet. Erst diese Daten werden die Basis für eine Aus- und Bewertung der Befragungsergebnisse durch die Landesregierung bilden.

Zu 5:

Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung sind Personen mit Migrationshintergrund in der Landesverwaltung unterrepräsentiert. Die Landesregierung strebt daher mit vielfältigen Maßnahmen eine Erhöhung ihres Anteils an. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Einstellungsverfahren zu. Derzeit werden im Rahmen eines ressortübergreifenden Projektes zum demografiesicheren und ressourcenbewussten Personalmanagement Maßnahmen entwickelt, um Menschen mit Migrationshintergrund gezielter anzusprechen sowie für den Arbeitgeber Land und die Ausbildungsmöglichkeiten der Landesverwaltung zu werben. So wurde beispielsweise ein Leitfaden zur Überprüfung der Kultursensibilität bei Auswahl- und Einstellungsverfahren erarbeitet, um Hemmnisse für Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen. Stellenausschreibungen sind nach den Anforderungen eines konkreten Arbeitsplatzes zu formulieren. Einstellungen erfolgen nach den Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung.

Zu 6:

Den Beschäftigten des Landes werden die Ergebnisse der Befragung zu einem Migrationshintergrund zugänglich gemacht. Ebenso ist vorgesehen, die Öffentlichkeit über die Ergebnisse zu informieren. Art und Weise der Veröffentlichung werden seitens der Landesregierung mit Vorliegen der endgültigen Befragungsergebnisse festgelegt.

Aygül Özkan